



Ausgaben und Einnahmen in Einklang bringen

Die Schuldenuhr rast. Bremens Schuldenberg wächst. Trotz historisch niedriger Zinssätze zahlt Bremen jährlich mehr als 460 Millionen Euro Zinsen. Das Haushaltsloch betrug 2011 rund 600 Millionen Euro. Einnahmen und Ausgaben stehen längst nicht mehr im Einklang. Würden die Zinsen beispielsweise inflationsbedingt steigen, wäre Bremens Existenz akut bedroht. Herr Böhrnsen, Frau Linnert und die rot-grüne Koalition schauen weg. Der Senat schafft mit ihrer Krankenhauspolitik enorme Haushaltsrisiken. Der Klink-Neubau verursacht unverantwortliche Mehrkosten, die der Haushalt überhaupt nicht vertragen kann. Zudem bringt solches Gebaren Bremen weiter in Misskredit. Sparen wird in die Zukunft vertagt. An Schuldenabbau wird nicht gedacht. Künftigen Generationen werden enorme Altlasten aufgedrückt. Dies ist umso problematischer, weil die demografische Entwicklung den Schuldenabbau zusätzlich erschwert.

Bremen muss zu seiner haushaltspolitischen Verantwortung stehen und wieder investitionsfähig werden. Es darf künftig - wie ein ehrbarer Kaufmann, wie jeder Bürger zu Hause auch - nur dass ausgeben, was es einnimmt. Der Staat erwartet von jedem Bürger, dass er mit seinen Mitteln sorgsam und sparsam umgeht. Dies erwarten die Bürger auch vom Staat! Der Senat muss sich endlich bewusst werden, dass er fremdes Geld verwaltet und ausgibt. Dies Bewusstsein fehlt!

Durch Zinszahlungen, Pensionslasten, Verpflichtungsermächtigungen und Schattenhaushalte sind Milliarden schon heute ausgegeben, die uns in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Bremen ist überschuldet und nicht mehr in der Lage notwendige Investitionen in die Zukunft unseres Zweistädtestaates zu tätigen.

Derzeit belaufen sich die Schulden des Landes und seiner Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven auf mehr als 19 Milliarden Euro. Das sind fast 30.000 Euro pro Einwohner. Schuldenpolitik ist unsozial und dämpft den Leistungswillen künftiger Generationen. Letztlich werden durch die Schuldenpolitik Renten, Pensionen und Spareinlagen entwertet. Die Bürger werden sich darauf einstellen müssen, dass ihr Geld schon ausgegeben wurde. Verantwortlich dafür sind die SPD-geführten Senate der vergangenen Legislaturperioden. Sie haben die Chancen von 8,5 Milliarden Euro zur Sanierung vertan. Schuld an der Misere sind diejenigen, die sich seit Jahren dem Sparen verweigern.

Aus Sicht der FDP ist es überfällig die Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Derzeit gelingt es Bremen noch nicht einmal ohne Berücksichtigung von Zinsen einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Dabei bekommt es derzeit jährlich 300 Millionen Extramittel als Sonderzuweisungen.

Bremen ist auf Hilfe anderer Länder und des Bundes angewiesen. Es wird die Hilfe nur bekommen, wenn es endlich solide wirtschaftet.

Konsequenzen einer sich fortsetzenden Misswirtschaft der rot-grünen und rot-schwarzen Senate

Wirtschaftet Bremen nicht solide, wird Hilfe ausbleiben und die jahrhundertealte Selbstständigkeit verloren gehen. Bremen würde dann letztendlich in Niedersachsen zwangseingegliedert werden. Ein

Sparkommissar würde Bremens Haushalt zwangsverwalten. Eigentum des Landes und der Stadtgemeinden wird zwangsläufig zur Schuldentilgung herangezogen werden. Über den Haushalt bestimmen andere. Oberzentralität, Attraktivität und Prosperität der Städte gingen verloren. Arbeitnehmerschaft und Mittelstand würden schwer getroffen. Investitionen in Infrastruktur, Häfen, Flughäfen und anderes unterblieben. Als untergeordnete Verwaltungseinheit würde Bremen auch nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Das würde alle treffen.

Der liberale Weg

Überdies muss Bremen alles tun, um Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen und die Schuldenlast durch Privatisierungen, bei denen Bremen noch Herr des Verfahrens ist, zu senken. Hierbei darf es keine Tabus geben. Sinnlose Ausgaben für rein ideologische Prestigeprojekte wie Fahrradzahlstationen, autofreie Sonntage und überflüssige Ampeln sind einzustellen, sie schaden Bremens Ruf, geben es der Lächerlichkeit preis und unterminieren die ohnehin geringe Hilfsbereitschaft der anderen Länder und des Bundes. Zudem sinkt dadurch die Attraktivität Bremens für mittelständische Wirtschaft und Neuansiedlungen. Wenn Bremens Wirtschaftskraft, die auch durch die vielen Einpendler unterstrichen wird, und seine Sonderlasten in Häfen und Hochschulen nicht ausreichend im Finanzausgleich Berücksichtigung finden, muss Bremen erneut beim Bundesverfassungsgericht klagen.

Der liberale Weg ist ein völlig anderer: Es gilt die Tüchtigkeit des Mittelstandes und die geografische Lage am Wasser und an Verkehrslinien als Basis für die Zukunft effektiv zu nutzen. Investitionen in den Hafen sind unverzichtbar. Zukunftschancen sind zu erhalten. Dies gilt insbesondere für die Offshore-Windkrafttechnik. Hier ist der Senat nicht einmal in der Lage tragfähige Konzepte zu entwickeln, die private Investitionen anreizen.

Wird die desaströse Politik des rot-grünen Senats fortgesetzt muss sich Bremen für die drohende Zwangseingliederung wappnen. Für den Fall des Untergangs der Eigenstaatlichkeit müsste Bremen auf die Eigemeindung aller Umlandgemeinden bestehen, um zur bedeutendsten Stadt des neuen Bundeslandes ‚Niedersachsen-Bremen‘ und letztlich zur Landeshauptstadt zu werden. Andernfalls würden Steuern weiter ins Umland abfließen und Bremen an Bedeutung verlieren. Ein unselbständiges und unbedeutendes Bremen würde an Attraktivität verlieren, Arbeitsplätze gingen verloren, Immobilienpreise würden sinken und das kulturelle Angebot würde weiter leiden.

Fazit

Nur ein solide wirtschaftendes Bremen kann Hilfe bei Tilgung der Altschulden, eine künftige Verteilung der Steuern nach Wirtschaftskraft und Berücksichtigung seiner Lasten als Oberzentrum erwarten. Nur ein solide wirtschaftendes Bremen kann seine Position selbstbewusst gegenüber den Ländern, dem Bund und dem Bundesverfassungsgericht vertreten.